

-
- **Birmas Regierung sucht Gespräche mit Rebellen**
 - **Partei von Aung San Suu Kyi beantragt Wiedezulassung**
-

Birmas Regierung sucht Gespräche mit Rebellen

Deutsche Welle - 22/11/11

Nach jahrzehntelangen Kämpfen gegen ethnische Minderheiten in Birma versucht die neue Regierung nach örtlichen Medienberichten jetzt eine Aussöhnung. Transportminister Aung Min habe sich im Grenzgebiet zu Thailand mit Vertretern der aufständischen Shan, Karenni, Karen und Chin getroffen, berichtete die im Exil ansässige Nachrichtenagentur Mizzima. Er habe dabei einen dreistufigen Friedensplan vorgestellt mit Waffenstillstand, Verhandlungen und Entwicklungsplänen für die Gebiete. Birma ist ein Vielvölkerstaat. Rivalitäten und Zankereien unter den Minderheiten dienten dem Militär 1962 als Vorwand für ihren Putsch. Entgegen aller skeptischen Prognosen bemüht sich die neue zivile Regierung seit einigen Wochen um Aussöhnung und Demokratisierung im Land.

Partei von Aung San Suu Kyi beantragt Wiedezulassung

AFP - 25/11/11

Naypyidaw — Die vor einem Jahr verbotene Partei der birmanischen Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, Nationale Liga für Demokratie (NLD), hat ihren Antrag auf eine erneute Zulassung als Partei eingereicht. In der Hauptstadt Naypyidaw übergaben sechs NLD-Vertreter der Wahlkommission die Unterlagen. Der Sprecher der Partei, Nyan Win, sagte, dies sei "der erste Schritt".

In einem zweiten Schritt werde sich dann Suu Kyi selbst der Kommission vorstellen. Die NLD hatte vergangene Woche beschlossen, bei den Nachwahlen in Birma anzutreten, bei denen 48 Parlamentssitze zu vergeben sind. Der NLD zufolge will auch Suu Kyi kandidieren, sie selbst bestätigte dies öffentlich aber noch nicht.

Für ihre Neuregistrierung gab die NLD ihr früheres Logo auf, das einen Bambushut darstellte. Über ein neues Logo entschied die Partei noch nicht. Die NLD war im Mai 2010 verboten worden, nachdem sie zu einem Boykott der ersten Wahlen seit 20 Jahren aufgerufen hatte. Neben Sorgen um den Verlauf der Wahl war der Hauptgrund eine Bestimmung, die teilnehmende Parteien zum Ausschluss inhaftierter Mitglieder zwang. Die NLD hätte daher auch Suu Kyi ausschließen müssen, die damals bereits seit Jahren unter Hausarrest stand. Die NLD war zuvor 1990 als Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen, doch hinderte das Militär sie an der Übernahme der Regierung.

Seit der Wahl 2010 leitete die Militärjunta eine vorsichtige Öffnung des politischen Systems ein. Nicht nur ließ sie direkt nach der Wahl Suu Kyi frei, sondern im März gab die Junta offiziell die Macht an eine zivile Regierung unter Präsident Thein Sein ab. Suu Kyi darf sich inzwischen wieder frei bewegen und im Sommer signalisierte Thein Sein bei einem Treffen in Naypyidaw seine Bereitschaft zur Kooperation.

-
- **Suu Kyi will wohl bei Nachwahlen in Birma kandidieren**
 - **Birma offenbar vor weiterer Freilassung politischer Gefangener**
-

Suu Kyi will wohl bei Nachwahlen in Birma kandidieren

AFP – 12 November 2011

Rangun — Die birmanische Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi will offenbar bei den Nachwahlen für einen Parlamentssitz kandidieren. Suu Kyis Nationale Liga für Demokratie (NLD) kündigte vor einer Sitzung ihrer Führung in Rangun an, sie werde sich vor der Nachwahl wieder als Partei anerkennen lassen. Die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi werde "wahrscheinlich an der Nachwahl teilnehmen", sagte Parteisprecher Nyan Win.

Das Datum für die Nachwahl steht noch nicht fest. Rund 40 Parlamentssitze sind zu vergeben. Suu Kyi war viele Jahre lang die prominenteste Kritikerin der Militärführung ihres Landes. Im März löste sich die Militärjunta auf und übertrug die Macht an eine nominell "zivile" Regierung.

Die NLD ging als Siegerin aus der Parlamentswahl von 1990 hervor, wurde aber damals vom Militär an der Regierungsübernahme gehindert. Suu Kyi verbrachte den Großteil der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest. Kurz nach der Parlamentswahl im vergangenen November, der ersten Wahl seit 1990, wurde sie freigelassen. Suu Kyis NLD hatte die Wahl als unfrei kritisiert und zum Boykott aufgerufen. Sie war daraufhin verboten worden, blieb aber aktiv. Suu Kyi will sich am Montag auf einer Pressekonferenz näher äußern.

Birma offenbar vor weiterer Freilassung politischer Gefangener

Reuters – 13 November 2011

Nur einen Monat nach der Freilassung Tausender Gefangener will die Führung in Birma offenbar ihre Amnestie ausweiten. Weitere Gefangene würden freikommen, darunter seien voraussichtlich auch wieder politische Häftlinge, sagte ein mit den Vorbereitungen vertrauter Regierungsvertreter am Sonntag der Nachrichtenagentur Reuters. Einzelheiten zu der neuen Amnestie-Runde würden innerhalb der nächsten zwei Tage geklärt. "Natürlich werden die, die als Häftlinge aus Gewissensgründen bekannt sind, sehr, sehr bald freigelassen und die Übrigen werden in Gefangenenlager in der Nähe ihrer Familien verlegt", sagte der Regierungsvertreter.

US-Außenministerin Hillary Clinton hatte am Freitag gesagt, es gebe Anzeichen für "echte Veränderungen" in Birma. Falls alle politischen Gefangenen freigelassen und Reformen eingeleitet würden, seien die USA zu einer Partnerschaft bereit. Die neue Amnestie könnte auch die Rolle des weitgehend isolierten Landes auf dem bevorstehenden Ostasien-Gipfel auf Bali stärken. "Es wird dem Präsidenten sicher helfen, sein Gesicht auf dem Gipfel zu wahren", sagte ein asiatischer Diplomat. Daher werde die Amnestie möglicherweise bereits am Montag verkündet, noch bevor Präsident Thein Sein zu dem Gipfel aufbreche. Weiteres Anzeichen für eine Freilassung von Gefangenen ist ein in den staatlich kontrollierten Zeitungen veröffentlichter Brief einer Menschenrechtskommission des Landes, die den Präsidenten zur Freilassung aller rund 500 politischer Häftlinge auffordert.

Erst vor einem Monat hatte das Regime in Birma mehr als 6000 Gefangene - darunter rund 230 politische Häftlinge - in einer Generalamnestie freigelassen. Die Regierung hatte die Amtsgeschäfte im April übernommen und die 49 Jahre währende Militärdiktatur formal beendet. Allerdings gehen in- und ausländische Beobachter von massiven Wahlfälschungen aus und vermuten, dass die Militärs hinter einer demokratischen Fassade weiter die Fäden fest in der Hand halten.
